

POSTULAT von Andrea Sprecher (SP, Zürich), Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen) und Marcel Burlet (SP, Regensdorf)

betreffend Politische Bildung

Der Regierungsrat wird eingeladen zu veranlassen, dass ein Gesamtkonzept für die politische Bildung im Kanton Zürich erstellt wird.

Das Gesamtkonzept sollte folgenden Zielen gerecht werden:

- Stufengemässe Förderung des Demokratieverständnisses, grundlegende Einblicke in das Funktionieren der demokratischen Institutionen und ausgewählte aktuelle politische Themen in der Primarschule und auf der Sekundarstufe I;
- Vertiefte Kenntnisse der politischen Institutionen, Verfahren und Zusammenhänge auf allen drei Staatsebenen und grundlegende inhaltliche Auseinandersetzung mit den wichtigsten Politikfeldern auf der Sekundarstufe II;
- Verankerung der politischen Bildung (inkl. zeitgemässe, inhaltliche und didaktische Informationen) als obligatorischen festen Bestandteil der Grund- und Weiterbildung der Lehrkräfte.

Des weiteren laden wir den Regierungsrat ein

- aufzuzeigen, in welchen Unterrichtsgefässen die politische Bildung in den angesprochenen Stufen gezielter als heute gefördert werden kann;
- und darzulegen, wie sichergestellt werden kann, dass die politische Bildung auch im Projekt «Deutschschweizer Lehrplan» gebührend berücksichtigt wird.

Andrea Sprecher
Markus Späth-Walter
Marcel Burlet

Begründung:

Die Schule wird ihrer Aufgabe nicht gerecht, erfolgreich Kenntnisse über politische Prozesse und Zusammenhänge zu vermitteln. Am Ende der obligatorischen Schulzeit fehlt den Jugendlichen, die sich nicht aus eigenem Interesse und Eigeninitiative mit Politik beschäftigen, das politische Basiswissen. Gründe dafür sind sowohl die fehlende Verankerung der politischen Bildung im Lehrplan sowie die ebenfalls mangelnde methodisch-didaktische Ausbildung der Lehrkräfte im Bereich der politischen Bildung.

Die fast ausschliessliche Institutionenlehre, wie sie meist betrieben wird, ist nicht ausreichend und wird der politischen Realität in der Schweiz nicht gerecht. So ist im Schlussbericht von Prof. Dr. Fritz Oser und Dr. Roland Reichenbach zum Mandat «Politische Bildung in der Schweiz» zuhanden der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK (1999) festgehalten, dass den «rechtlich-institutionellen Aspekten der Demokratie im Unterschied zur prozedural-ethischen des demokratischen Zusammenlebens insgesamt mehr Beachtung geschenkt wird». Weiter wird auch konstatiert, dass die «Randständigkeit» des Faches durch die thematische Aufladung auf Lehrplanebene kaum korrigiert werden kann. Das Fazit dieses Schlussberichtes fiel dementsprechend ernüchternd aus: «Verschiedene Indizien deuten an, dass die Situation der politischen Bildung/staatsbürgerlichen Erziehung an den Schweizer Schulen insgesamt nicht befriedigen kann». Problematisch sei, dass bis zur 7. Klasse explizierter und intendierter politischer Unterricht abwesend sei. Für die po-

litische Bildung auf der Sekundarstufe II fehlen zwar entsprechende aktuelle Untersuchungen, die regelmässigen Befragungen ehemaliger Maturandinnen und Maturanden stellen dem Staatskundeunterricht aber ebenfalls kein besonders gutes Zeugnis aus.

Die Ergebnisse zeigen deutlich, welch grosse Verantwortung die Lehrkräfte tragen. Sie müssen daher gezielt unterstützt werden. Deshalb ist es wichtig, dass in der Grundausbildung der Lehrkräfte «Politische Bildung» inklusive didaktische Informationen Pflicht ist. Zudem muss auch in der Weiterbildung «Politische Bildung» verankert sein. Angesichts der oft beklagten Überfrachtung der Lehrpläne sollte auch geprüft werden, ob nicht für die politische Bildung spezifische Unterrichtsgefässe geschaffen oder bestehende gezielt erweitert werden sollten.

Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines gemeinsamen Deutschschweizer Lehrplans ist sicherzustellen, dass jene Fächer, die nicht im Rahmen des Harnos-Projekts standardisiert werden, insbesondere aber die wie aufgezeigt schon heute unbefriedigende politische Bildung den ihr gebührenden Platz erhalten.